

Historische Stadtplanungen für den Berliner Nordosten

Städtebaulich-historische Dokumentation von [Dr. Günter Peters](#)



Zur Einleitung

Die vorliegende städtebaulich-historische Dokumentation erscheint aus Anlass der Ausstellung "Historische Stadtplanungen für den Berliner Nordosten", die vom 17. November 1997 bis zum 11. August 1998 im Heimatmuseum Marzahn zu sehen war. Ziel der Ausstellung wie der Dokumentation war es, die Siedlungsgeschichte des nordöstlichen Stadtraumes Berlins sichtbar zu machen. Unterstützt wird dieses Vorhaben durch die Veröffentlichung einer Vielzahl von städtebaulichen Planwerken aus den letzten beiden Jahrhunderten. Diese zum Teil erstmalig in diesem Zusammenhang vorgelegten Zeugnisse der Vergangenheit offenbaren die lange Tradition, die auch dieses Gebiet in der Berliner Planungsgeschichte hat. Der interessierte Zeitzeuge wird mit Erstaunen feststellen, dass die Besiedelung und Urbanisierung des Berliner Nordostens keinesfalls eine Idee des realen Sozialismus war, sondern schon vor über hundert Jahren Ziel kühner städtebaulicher Planungen.

Die Siedlungsgeschichte des nordöstlichen Umlandes von Berlin beginnt im 12. /13. Jahrhundert mit der Anlage der märkischen Dörfer. Es folgten Jahrhunderte, in denen sich diese Region relativ unabhängig von Berlin entwickelte und das idyllische Dasein in der Abgeschiedenheit des weiten märkischen Landes führte, mit jenem anheimelnden Stück Romantik, das man noch heute an manch erhalten gebliebenem Dorfbauer errahnen kann. Als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die sprunghaft wachsende Metropole Berlin, einem riesigen Kraken gleich, ihre Arme nach allen Richtungen ausstreckte, blieb auch der Nordosten nicht verschont.

Dampfende Eisenbahnen durchschnitten nun die Idylle der märkischen Landschaft und brachten Arbeitskräfte und die landwirtschaftlichen Produkte der Bauern in die Großstadt. Die Ausstöße der unterirdischen Kanalisation der Millionenstadt ergossen sich auf die Riesfelder um die barnimschen Dörfer und produzierten nicht nur reiche Riesel- und Gemüsebauern, sondern waren auch "unfein zu erriechen". Dies trug wenig zur Attraktivität dieser Standorte bei. Doch nicht nur die Abwässer der Großstadt wurden hier entsorgt, auch die Toten fanden auf riesigen Friedhöfen hier ihre letzte Ruhe. Darüber hinaus entstanden ausgedehnte Krankenhauskomplexe.

War man also von Seiten der Berliner Behörden jahrzehntelang bemüht, die unangenehmen Auswirkungen der Großstadt im Nordosten abzuwerfen, so änderte sich mit der Jahrhundertwende die Sichtweise. Angesichts einer immer mehr aus den Nähten platzenden Großstadt und gigantischer Baulandpreise wurde das Umland prädestiniert für siedlungsbezogene Planungen. Die ersten Vorstellungen entstanden mit der Absicht, durch die Anlage eines Kanals von Köpenick bis Tegel im Norden der Stadt attraktive Industrie- und Wohnstandorte für die prosperierende Großstadt zu schaffen. Damit war diesem Gebiet die "Jungfräulichkeit" genommen. Alle nun folgenden städtebaulichen Planungsvorstellungen enthielten auch für den Nordostraum Berlins ungeheure Siedlungsperspektiven. Über eine Million Einwohner plante man auf dem Gebiet der heutigen Stadtbezirke Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen anzusiedeln.

Letztlich landeten jedoch all diese Vorschläge aus den unterschiedlichsten Gründen stets in den Schubladen der Verantwortlichen und gerieten damit in Vergessenheit. Diese geschichtlichen Planwerke aus dem dunklen Vergessen der Vergangenheit hervorgeholt und mit den realisierten Vorhaben der letzten zwanzig Jahre in Beziehung gesetzt zu haben, war eines der wichtigsten

Anliegen dieser Ausstellung. Dabei sollte mit der Aufnahme des Flächennutzungsplanes 1994 auch ein perspektivischer Blick ins 21. Jahrhundert ermöglicht werden.

Berlin greift nach den Dörfern

Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1918 entwickelten sich Berlin sowie die Städte und Dörfer im Umland relativ unabhängig voneinander. Dies betraf auch die nordöstliche Umgebung mit der Stadt Lichtenberg sowie den Dörfern und Gutsbezirken des Landkreises Niederbarnim, darunter Biesdorf, Falkenberg, Hellersdorf, Hohenschönhausen, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Marzahn und Wartenberg.

Doch schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts griff die prosperierende Großstadt Berlin auch nach diesen Dörfern und veränderte so das Gesicht des Barnim durch Eisenbahnstrecken, die Anlage der Kanalisation und der Rieselfelder, den Bau von großen Krankenanstalten sowie von ausgedehnten Friedhofsanlagen.

Im Gebiet der heutigen Neubaubezirke Marzahn, Hohenschönhausen und Hellersdorf waren dies die Frankfurter Bahn vom Schlesischen Bahnhof nach Frankfurt/Oder mit dem Haltepunkt Sadowa (heute Wuhlheide), die Ostbahn vom Ostbahnhof bis Küstrin mit den Haltepunkten Friedrichsfelde, Biesdorf und Kaulsdorf, die Wriezener Bahn von Lichtenberg nach Wriezen mit den Haltepunkten Marzahn und Ahrensfelde, die Zweigstrecke der Ostbahn von Rummelsburg nach Kaulsdorf sowie die Industriebahn von Friedrichsfelde nach Tegel.

Genannt seien ebenso das Evangelische Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge und das heutige Wilhelm-Griesinger-Krankenhaus in Biesdorf, der ehemalige Magerviehhof Friedrichsfelde, die Städtischen Friedhöfe Friedrichsfelde und Marzahn sowie der Ostfriedhof in Ahrensfelde.

Ein wichtiges für das Funktionieren der Großstadt Berlin notwendiges Projekt war der Ausbau eines leistungsfähigen Kanalisationssystems mit Rieselfeldern für die Klärung der Abwassermassen. Nach Entwürfen des Stadtbaurates James Hobrecht und unter Mitwirkung des bekannten Arztes Rudolf Virchow begann 1873 der Bau der unterirdischen Entwässerung. Im nordöstlichen Umland erwarb der Magistrat ausgedehnte Flächen und legte Rieselfelder an.



Nordkanal mit Industrieansiedelungen (Ausschnitt) (Verlag Ernst Wasmuth AG 1911)

Eines der eindrucksvollsten Projekte zur Umgestaltung des Nordostrades war die Planung eines Nordkanals. Die Idee für seinen Bau entstand am Ende des 19. Jahrhunderts. Er sollte die Spree von Köpenick über Biesdorf, Hohenschöhausen und Tegel mit dem Tegeler See verbinden. Mit dem Kanal war auch ein Aufschwung in der wirtschaftlichen Entwicklung des Nordostens durch die Ansiedlung von Industrie-, Gewerbe- und Wohnstätten geplant. Zur gleichen Zeit entstand auch die Idee für den 1901 bis 1909 gebauten Teltow-Kanal im Süden von Berlin. Denkschriften für den Nordkanal gab es 1882 von Gustav H. Schulze, 1898 vom Grundbesitzerverein Nord-Berlins und im Jahre 1900 vom Königlichen Baurat Düsing. Der Berliner Architektenverein hatte bereits 1886 die Preisaufrage "Nord-Kanal" gestellt und für das Schinkelfest 1901 wiederholt.

Auch in den Planungen für den "Wettbewerb Groß-Berlin" war der Bau eines Nordkanals vorgesehen, so in den preisgekrönten Entwürfen von Brix, Genzmer und der Hochbaugesellschaft sowie der Fa. Havestadt & Contag. In den zwanziger und dreißiger Jahren gab es weitere Untersuchungen und Planungen für den Nordkanal, u.a. vom Regierungsbaurat Herbst und dem Wasser- und Bahnbauamt von 1923. Alle Planungen des Kanals sahen den Anfang in Köpenick und das Ende in Tegel vor, jedoch mit unterschiedlicher Trassenführung. Die Länge des Kanals lag zwischen 27,7 und 31 Kilometern. Es sollten bis zu 6 Häfen und 3 Schleusen entstehen. Der Nordkanal blieb eines der vielen nicht realisierten Vorhaben. Der große städtebauliche Schub für den Nordosten blieb aus.

Wettbewerb Groß-Berlin 1910

Um die Jahrhundertwende hatte der Gedanke zur Verbesserung der Wohnverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung weite Kreise einflussreicher Personen, vorwiegend Sozialpolitiker, Wirtschaftswissenschaftler, Ingenieure und Architekten erfasst. Scharf kritisiert wurden die bisherige Berliner Baupolitik mit ihrer Städteplanung und die überholte Baugesetzgebung. Das sprunghafte Ansteigen der Berliner Bevölkerung von 1871 mit 0,8 Millionen auf 2,0 Millionen Einwohner im Jahre 1905 führte zu einer städtebaulichen und sozialen Verdichtung, verbunden mit katastrophalen Wohnverhältnissen. Die beiden Berliner Architektenverbände ergriffen 1907 die Initiative mit der Schrift *"Anregungen zur Erlangung eines Grundplanes für die städtebauliche Entwicklung von Groß-Berlin"*. Sie enthielt Leitsätze und Forderungen wie die Schaffung eines *"großzügigen Netzes von Hauptverkehrsstraßen, von Schnellbahnen und Wasserwegen"*, die *"Freihaltung ausgedehnter Wald- und Wiesenflächen und die tunlichste Vorherbestimmung von Plätzen für öffentliche Gebäude"*.

Aufgrund der bestehenden Zersplitterung Berlins blieben diese Planungen jedoch nur Stückwerk und erreichten den Berliner Nordosten kaum. Berlin und die umliegenden Städte und Gemeinden schrieben 1908 den über Deutschland hinaus beachteten Wettbewerb zu einem *"Grundplan für die Bebauung von Gross-Berlin"* aus. Mit diesem Wettbewerb erhoffte man sich Vorschläge für die weitere Entwicklung Berlins zu einer 10-Millionen Weltstadt. Durch eine ringförmige Ausdehnung der Bebauung über die damaligen Stadtgrenzen hinaus wurden unterschiedliche Funktionsbereiche angestrebt. Radialstraßen, eingebunden in Grünanlagen, sollten bis in das Zentrum führen. Auch Vorschläge für radiale Eisenbahnlinien waren erwünscht. Sie sollten die Möglichkeit schaffen, neue Siedlungen in den Außenbezirken zu bauen, verbunden mit einem weiteren Wald- und Wiesengürtel um die Stadt. Dies galt auch für den Nordostrade. Am 19. März 1910 vergab das Preisgericht zwei erste Preise sowie einen dritten und einen vierten Preis.



*Grundplan von Hermann Jansen (Ausschnitt)
(Verlag Ernst Wasmuth AG 1911)*

Einen ersten Preis erhielt Hermann Jansen, der seinen Entwurf unter das Motto *"In den Grenzen der Möglichkeit"* stellte. Sein *Grundplan für die bauliche Entwicklung von Groß-Berlin* enthielt großzügige Vorschläge für die Ansiedlung der Bewohner, einschließlich der Schaffung von Schnellverkehrsverbindungen sowie von Wald- und Wiesengürteln. Im *Verkehrslinienplan* wurde erstmals der Bau einer nordöstlichen Ausfallstraße nach Stettin, einer Gürtelbahn und einer Linie 14 von Berlin über Marzahn und Altlandsberg nach Strausberg geplant. Nach dem *Freiflächenplan* sollte ein Grünzug entlang der Wuhle von Köpenick nach Biesdorf, Marzahn, Ahrensfelde und Wartenberg geschaffen werden.

Joseph Brix, Felix Genzmer und die Hochbahngesellschaft zu Berlin erhielten für ihren Entwurf mit dem Kennwort *"Denk an künftig"* einen weiteren ersten Preis. Ihr Grundplan sah eine äußere Ringstraße um das Gebiet von Groß-Berlin vor. Im nordöstlichen Bereich sollte sie Erkner, Rüdersdorf, Altlandsberg, Seefeld, Bernau und Velten verbinden. Auch ein innerer Ring war geplant. Ein Abschnitt dieses Ringes führte von Köpenick über Kaulsdorf, Hellersdorf und Ahrensfelde in den Norden.

Zweckverband Groß-Berlin 1911

Mit dem 1911 beschlossenen und 1912 in Kraft getretenen Gesetz über den Zweckverband Groß-Berlin wurde ein erster Versuch zur Lösung der anwachsenden Probleme zwischen Berlin und dem Umland gemacht.

Dem Zweckverband gehörten die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln (Rixdorf), Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg und Spandau sowie die Landkreise Teltow und Niederbarnim an. Damit waren auch die Dörfer bzw. Gutsbezirke Biesdorf und Marzahn (heute Bezirk Marzahn), Falkenberg, Hohenschönhausen, Malchow und Wartenberg (heute Bezirk Hohenschönhausen), Hellersdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf (heute Bezirk Hellersdorf) des Kreises Niederbarnim in diesem Verband zusammengeschlossen.

Auf dem Gebiet des Zweckverbandes von etwa 3.500 Quadratkilometern lebten in 374 Gemeinden 4,1 Millionen Einwohner. Die eng begrenzten Verbandsaufgaben bestanden in der gemeinsamen Regelung von Nahverkehrsfragen, der Abstimmung von Bebauungsplänen und dem Erwerb von Erholungsflächen. Es entstanden Nahverkehrsplanungen und es kam zur Übernahme der Straßenbahn durch die Stadt. Ein leistungsfähiges elektrisches Schnellbahnsystem entstand jedoch erst in den zwanziger Jahren. Den größten Erfolg hatte der Verband beim Erwerb von Freiflächen vom Preußischen Fiskus. Am 20. Oktober 1915 wurde der sogenannte Dauerwaldvertrag zum Ankauf von ca. 10.000 Hektar zu einem Preis von 0,50 RM je Quadratmeter abgeschlossen. Dem

Zweckverband ist es zu danken, dass Berlin noch heute über so große Waldflächen verfügt. Der Zweckverband führte auch Untersuchungen über eine mögliche Zunahme der Einwohner im Umkreis der vorhandenen und geplanten Schnellbahntrassen durch.

Durch den Zweckverband wurde für den Berliner Nordosten folgende Bevölkerungsentwicklung ermittelt (Planungsstand Januar 1917):

Entwicklungen im heutigen Gebiet des Bezirkes Marzahn:

Ortsbezeichnung	vorh.Einw.1910	mögl.Einwohner
Biesdorf	1957 EW	256000 EW
darunter Nord	keine Ang.	93000 EW
Marzahn	179 EW	85000 EW
gesamt	2136 EW	341000 EW

Entwicklungen im heutigen Gebiet des Bezirkes Hohenschönhausen:

Ortsbezeichnung	vorh.Einw.1910	mögl.Einwohner
Hohenschönhausen	5300 EW	88000 EW
Wartenberg	439 EW	21000 EW
Malchow	821 EW	15000 EW
Falkenberg	708 EW	keine Ang.
gesamt	7268 EW	124000 EW

Entwicklungen im heutigen Gebiet des Bezirkes Hellersdorf:

Ortsbezeichnung	vorh.Einw.1910	mögl.Einwohner
Mahlsdorf	4215 EW	67000 EW
darunter Nord	keine Ang.	23000 EW
Kaulsdorf	2381 EW	105000 EW
darunter Nord	keine Ang.	22000 EW
Hellersdorf	529 EW	keine Ang.
gesamt	7125 EW	172000 EW

Die anderen mit seiner Gründung verbundenen Aufgaben konnte der Zweckverband jedoch nicht so erfolgreich lösen. Der Zweckverband war eine Minimallösung. Das Konkurrenzdenken der einzelnen Berliner Nachbargemeinden machte die Durchsetzung der Idee, ein großes und einheitliches Berlin zu schaffen, noch nicht möglich.

Neue Stadtgemeinde Berlin 1920

Mit dem Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 erfolgte der Zusammenschluss von 8 Städten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken. Damit entstand die damals nach New York und London drittgrößte Stadt der Welt mit 3,8 Millionen Einwohnern.

Für die Stadtgemeinde Berlin sollte auf der Grundlage der bisherigen Großstadtentwicklung und den ortsgesetzlichen Festlegungen in Form von Bauordnungen, Bauzonen- und Teilbebauungsplänen ein Generalbebauungsplan entstehen. Dazu gehörten der Bevölkerungsplan (fertiggestellt im November 1928), der Generalfreiflächenplan (fertiggestellt im März 1929), der Nutzungsplan (Flächennutzung) und der Verkehrsstraßenplan (Personennahverkehr, Verkehrsmittel, Straßen, Bahnstrecken und Wasserwege). Der Generalbebauungsplan konnte nach Meinung des damaligen Stadtbaurates Dr.-Ing. Martin Wagner nicht mehr sein als ein Wunschbild, denn *"...nicht das Fernste (etwa 75 Jahre), sondern nur das Naheste eignet sich für unabänderliche Beschlüsse"*.

Damals war eine Bevölkerungsentwicklung auf bis zu 10 Millionen Einwohner anvisiert. Im Gebiet der östlichen und nördlichen Ausfallstraßen wohnten bereits 1.276.000 Einwohner, weitere 1.782.000 sollten dort neu angesiedelt werden. Im Gebiet der heutigen drei Neubaubezirke war nach dem Bevölkerungsplan (auch Punkteplan genannt) mit einer möglichen Bevölkerungsentwicklung von 28.000 Einwohner im Jahre 1928 auf 366.000 Einwohner zu rechnen.

In der Zeit von 1920 bis 1933 erhöhte sich der Wohnungsbestand in Berlin um 221.815 Wohnungen. Allein im Jahre 1930 wurden 43.854 Neubauwohnungen fertiggestellt, eine Leistung, die bis heute noch nicht wieder erreicht worden ist. 93,4% aller neu gebauten Wohnungen entstanden in den neuen Stadtgebieten, darunter 26.802 Neubauwohnungen in Lichtenberg und Weißensee. Diese Entwicklung führte auch zu neuen Baumethoden. So wurden bereits 1925/1926 die ersten Plattenbauten in Friedrichsfelde errichtet.

Im Einzelnen wurde die mögliche Bevölkerungsentwicklung im Jahre 1928 wie folgt ausgewiesen:

Entwicklungen im heutigen Gebiet des Bezirkes Marzahn:

Ortsbezeichnung	vorh.Einw.1928	mögl.Einwohner
Biesdorf-Süd	1000 EW	48000 EW
Biesdorf-Nord	6000 EW	38000 EW
Marzahn	1000 EW	29000 EW
gesamt	8000 EW	115000 EW

Entwicklungen im heutigen Gebiet des Bezirkes Hohenschönhausen:

Ortsbezeichnung	vorh.Einw.1928	mögl.Einwohner
Hohenschönhausen	2000 EW	44000 EW
Wartenberg	1000 EW	26000 EW
Malchow	1000 EW	19000 EW
Falkenberg	1000 EW	6000 EW
gesamt	5000 EW	95000 EW

Entwicklungen im heutigen Gebiet des Bezirkes Hellersdorf:

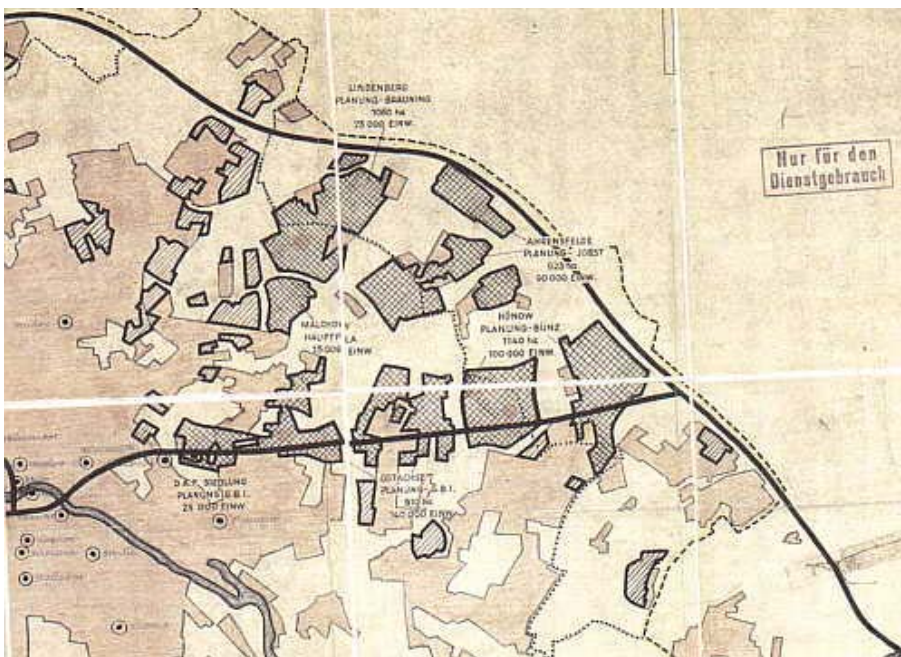
Ortsbezeichnung	vorh.Einw.1928	mögl.Einwohner
Mahlsdorf-Süd	4000 EW	61000 EW
Mahlsdorf-Nord	4000 EW	36000 EW
Kaulsdorf-Süd	3000 EW	29000 EW
Kaulsdorf-Nord	4000 EW	29000 EW
Hellersdorf	keine Ang.	1000 EW
gesamt	15000 EW	156000 EW

Generalbauinspektor plant Reichshauptstadt

Architektur und Städtebau hatten im Dritten Reich eine ausgesprochen politische Funktion. Dabei war sie aber nicht nur ideologisch, sondern auch pragmatisch begründet und vor allem erfolgsorientiert. Was sich im Doppelgesicht dieser Architektur abzeichnet, ist der Gegensatz zwischen einer an Volkstümlichkeit orientierten Alltagsarchitektur und einer gigantomanischen Weltmachtarchitektur, deren Ewigkeitspathos Zeitlosigkeit und dauerhaften Machtanspruch zum Ausdruck bringen sollte.

Diese ästhetisch-symbolische Funktion spielte in Albert Speers Generalbebauungsplan für die Neugestaltung der Reichshauptstadt vom 27.Januar 1938 eine herausragende Rolle. Die Geometrie der Radial- und Ringstraßen, die Gleichförmigkeit der Fassaden, die Geschlossenheit der horizontal-massigen Bebauung und die Monumentalität der großen Plätze und zentraler Hochbauten dienten der Machtdemonstration eines "entfesselten Empires". Berlin sollte die Hauptstadt eines "Großdeutschen Reiches" werden und "Germania" heißen.

Der Stadtgrundriß erhielt symbolhaft ein Achsenkreuz als "Rückgrat". Dieses Kreuz wurde vor dem Brandenburger Tor mit der Nord-Süd- und der Ost-West-Achse geplant. Der Autobahnring sollte künftig die neue Stadtgrenze bilden.



*Wohnungsbauübersicht
des GBI vom November
1941 (Ausschnitt)
(Landesarchiv Berlin,
Kartenabt., Sign.:
Pr.Br.Rep.107, GBI 225)*

Der Generalbebauungsplan leitete aus dem zentralen Achsenkreuz, der Bebauung und der Begrünung Folgerungen für den Nordostraum ab. Die Nord-Süd-Achse sollte in nördliche Richtung bis Seeberg Altlandsberg ausgebaut und an den Autobahnring angebunden werden. Die Ostachse verlief entlang der heutigen Landsberger Allee und umging Marzahn, Hellersdorf und Hönow südlich. Entlang dieser Magistrale war der Bau einer U-Bahnlinie mit einem Bahnhof in der Nähe des Dorfes Marzahn geplant. Auf sechs Standorten mit einer Fläche von 4.643 Hektar sollten Wohnungen für 445.000 Einwohner gebaut werden.

Planung der Bevölkerungsentwicklung 1939:

Standort	Hektar	Einwohner
Ostachse (Biesdorf/Marzahn)	910	140000 EW
Hönow (Hellersdorf/Seeberg)	1140	100000 EW
Ahrensfelde (bis Autobahn)	923	90000 EW
Malchow (Hohenschönhausen)	170	15000 EW
Lindenberg (bis Autobahn)	1080	75000 EW
D.A.F.-Siedlung (Lichtenberg)	420	25000 EW
gesamt	4643	445000 EW

Ein neues Industriegebiet sollte nördlich der Landsberger Allee entstehen. Den ersten Industriebetrieb errichtete ab 1940 auf Befehl von Hermann Göring die Knorr-Tochter "Hasse & Wrede" als "Nationalsozialistischen Musterbetrieb" für die Rüstungsindustrie. Biesdorf war in diesen Jahren ein beliebtes Besiedlungsgebiet. Bis in den Krieg hinein entstanden hier zahlreiche Siedlungen, so u.a. das "Getreideviertel" und die "Paradiessiedlung".

Planungen zur Neugestaltung Berlins

Der Befehl Nr. 1 des sowjetischen Stadtkommandanten Generaloberst Nikolai E. Bersarin vom 25. April 1945 war auch die "Stunde Null" des Nachkriegsbauens in Berlin. Die Stadtplaner standen vor überaus schwierigen Bedingungen: Von den 1,5 Mio Wohnungen, die Berlin bei Kriegsbeginn noch besaß, waren ein Drittel zerstört. Mit der Ausarbeitung der ersten städtebaulichen Skizzen und Pläne begann auch die politische und fachliche Auseinandersetzung über die bauliche Zukunft Berlins.

Ohne die drängenden Tagesaufgaben zu vernachlässigen, wurde stets auch der Blick in die Zukunft gerichtet. Zu dem am 19. Mai 1945 gebildeten ersten Nachkriegsmagistrat unter Leitung des Oberbürgermeisters Dr.-Ing. Arthur Werner gehörte auch der parteilose Architekt Hans Scharoun. In Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten stellte er seine Vorschläge für das künftige Berlin vom 22. August bis zum 15. Oktober 1946 im Weißen Saal des zerstörten Berliner Schlosses vor. Es war ein "Erster Bericht" des Planungskollektivs, dem Wils Ebert, Peter Friedrich, Ludmilla Herzenstein, Selman Selmanagic, Reinhold Lingner, Luise Seitz und Herbert Weinberger angehörten.

Der auf dieser Ausstellung als "Kollektivplan" bekannt gewordene Arbeitsbericht zielte auf einen radikalen Umbau der Stadt. Die durch grünesäumte Schnellstraßen gegliederte, in Funktionen getrennte, den Ost-West-Verlauf der Spree folgende Stadtlandschaft sollte es ermöglichen, die überkommenen Strukturen Berlins zu verändern.

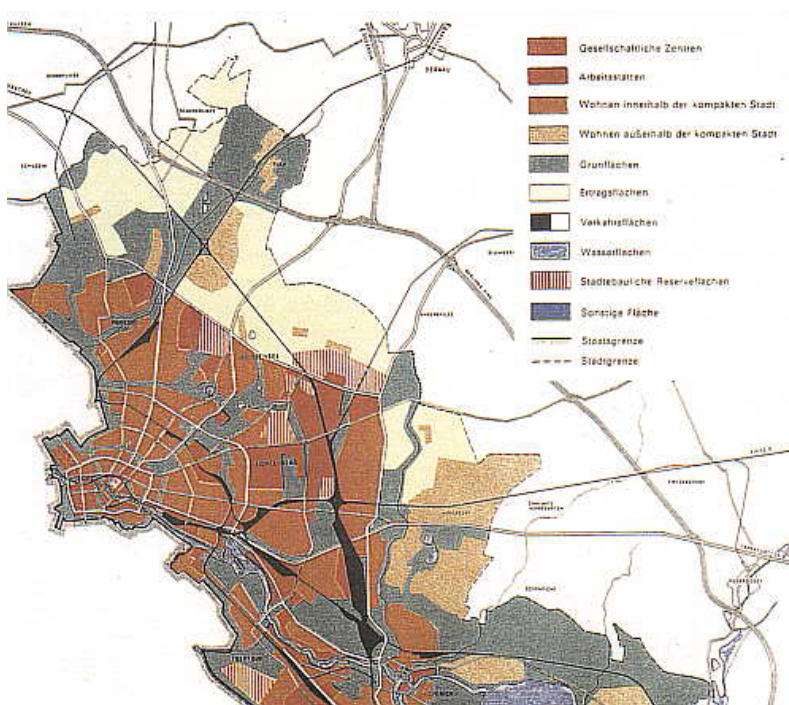
Der "Zehlendorfer Plan" von Walter Moest, der ebenfalls 1946 vorgestellt wurde, befasste sich vor allem mit der Aufgabe, das Verkehrsnetz in Ordnung zu bringen und Voraussetzungen für eine neue Standortwahl zu schaffen. Im Gegensatz zu den radikalen Vorstellungen des Planungskollektivs setzte dieser Plan auf die bestehenden Strukturen und stellte die Sanierung Berlins in den Mittelpunkt des Wiederaufbaus. Im Sommer 1946 legte auch Max Taut unter dem Titel "Berlin baut auf" seine Vorstellungen zum Umbau Berlins in eine Gartenstadt vor. Ebenso wie die Ideen des Kollektivplanes scheiterten die Vorschläge Tauts an ihrer Radikalität und ihren utopischen Zielsetzungen. Der "Zehlendorfer Plan" fand im Westteil Berlins in Gestalt des "Bonatz-Planes" eine Fortführung.

In der Viermächtestadt Berlin, mit ihren drei westlichen Sektoren einerseits und dem östlichen Sektor andererseits, verlief die Scheidelinie zwischen den beiden Blocksystemen unter Führung der Weltmächte USA und UdSSR. Nur auf diesem Hintergrund ist es zu verstehen, dass auch die Stadtplanung und das Bauen zum Spielball der jeweiligen politischen Interessen wurde. Mit der kommunalpolitischen Spaltung Berlins wurden auch die Planungsarbeiten für den Neuaufbau getrennt. Den ersten städtebaulichen Reiß durch Berlin gab es mit den "Generalaufbauplan" des Ostberliner Magistrats vom Juli 1949 und dem "Flächennutzungsplan 50" des Westberliner Senats.

Beide Teile gingen nun ihre eigenen Wege. Diese geschichtliche Phase von über vierzig Jahren hatte, insbesondere nach dem Mauerbau 1961, tiefwirkende Konsequenzen für die städtebauliche Entwicklung beider Stadthälften Berlins bis zur Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990.

Generalbebauungsplan 1968

Der Generalbebauungs- und Generalverkehrsplan 1968 für die Hauptstadt der DDR, der die städtebauliche Entwicklung bis 1980 vorzeichnete, orientierte auf die Umgestaltung und den Neubau im kompakten Stadtgebiet Ost-Berlins. Danach sollte die Bevölkerung auf 1,2 Millionen Einwohner anwachsen. Schwerpunkt waren der umfassende Aufbau des Stadtzentrums, der Neubau des Industriegebietes Nordost und der Ausbau des östlichen und südlichen Hauptstraßennetzes. Umfangreiche Bauten der Stadttechnik zur Ver- und Entsorgung waren geplant.



*Plan der Flächennutzung bis 1980
(Ausschnitt)
(Forschungsstelle Baugeschichte
Berlin)*

Im Generalbebauungs- und Generalverkehrsplan 1968 wurde mit den Plänen der Flächennutzung, der Grün- und Freiflächen, des öffentlichen Nahverkehrs und des Straßenhauptnetzes erstmals die Stadterweiterung im Nordostraum mit dem Industriegebiet Lichtenberg-Nordost ausgewiesen. Der Bau von Wohngebieten war bis 1980 nicht vorgesehen.

Das Industriegebiet wurde auf einer Fläche von 474 Hektar neu erschlossen. Es diente der Ansiedlung von Betrieben der Elektrotechnik/Elektronik auf ca. 100 Hektar, eines Heizkraftwerkes und anderer Versorgungseinrichtungen auf 31 Hektar, des Bauwesens und des Verkehrs auf 124 Hektar, Einrichtungen des Großhandels auf 40 Hektar sowie von weiteren Industriebetrieben und Einrichtungen. Bis 1985 entstanden in den neuen Industriegebieten, die heute zu Lichtenberg, Marzahn und Hohenschönhausen gehören, ca. 58.000 Arbeitsplätze.

Von 1968 bis 1975 erfolgte die verkehrsmäßige und stadttechnische Erschließung des Industriegebietes mit dem Ausbau der heutigen Bundesstraßen 1/5, dem Autobahnzubringer Nord, der Rhinstraße und der heutigen Allee der Kosmonauten.

Das Klärwerk Falkenberg wurde am 10. Januar 1968 (1. Ausbaustufe) und das Heizkraftwerk Lichtenberg Nordost am 30. Dezember 1972 (1. Ausbaustufe) in Betrieb genommen. Auch die Deutsche Reichsbahn schuf mit dem Biesdorfer Kreuz und dem Rangierbahnhof Wuhlheide verkehrsgünstigere Anschlüsse. Der geplante Neubau der U-Bahnlinien Alexanderplatz-Weißensee- Malchow und einer Abzweigung in das Industriegebiet Lichtenberg Nordost/Springpfuhl wurde nicht ausgeführt. Trotzdem entstanden günstige Voraussetzungen für künftige Stadterweiterungen im Nordosten von Berlin.

In den sechziger Jahren war zentrales Thema der städtebaulichen Entwicklung die Forderung nach der baulichen Manifestation politischer Inhalte der sozialistischen Gesellschaft durch die Errichtung ausdrucksstarker Ensembles in den Zentren der Städte. Mit dem 1971 beschlossenen Wohnungsbauprogramm vollzog sich im städtebaulichen Bereich ein fast vollständiger Übergang zur Anlage extensiver Großwohngebiete auf der Basis der industriellen Plattenbauweise. Anfang der siebziger Jahre begannen deshalb im Nordostraum Standortuntersuchungen für den Bau von Wohnungen.

Hier gab es viele unbebaute Flächen, die durch den "gut dimensionierten stadttechnischen Aufschluss" von Lichtenberg-Nordost die Möglichkeit boten, neue große Standorte für den Wohnungsneubau einzuordnen, begonnen mit Biesdorf Marzahn bis hin zu Hellersdorf.

Wohnungsbau und Stadterweiterung

Die nordöstliche Stadterweiterung mit neuen Wohngebieten begann vor dem offiziellen Beschluss über das "Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre 1976 bis 1990". Die Entscheidungen für die Wohnungsbaustandorte 1976 bis 1980 waren am 21. März 1973 für die Wohnkomplexe Fennpfuhl (heute Bezirk Lichtenberg), Biesdorf-Nord (heute Bezirk Marzahn) sowie Hohenschönhausen I und II (heute Bezirk Hohenschönhausen) getroffen worden. Im heutigen Gebiet des Bezirkes Hellersdorf war 1973 noch keine Wohnbebauung geplant. Der Berliner Nordosten bot in vielerlei Hinsicht günstige Bedingungen für den Wohnungsbau. Der fast ausschließliche Bau auf der "grünen Wiese" ließ einen Wohnungszugewinn von rund 98% erwarten. Außerdem entstand mit Lichtenberg-Nordost ein Industriegebiet mit über 50.000 Arbeitsplätzen in unmittelbarer Nähe des geplanten Wohnungsstandortes.

Mit der Bestätigung des Bebauungsplanes für Biesdorf/Marzahn im SED-Politbüro am 25. Februar 1975 war auch die Entscheidung zur Bildung eines neuen Stadtbezirkes gefallen, der dort bereits als "9. Stadtbezirk" bezeichnet ist. Geplant war ursprünglich der Bau von 35.000 neuen

Wohnungen in drei Wohngebieten. 1980 erhöhte sich diese Zielstellung um 25.000 Neubauwohnungen in vier zusätzlichen Wohngebieten.

Neuer Stadtbezirk Berlin-Marzahn

Die endgültige Bezeichnung "Stadtbezirk Berlin-Marzahn" ging dann einher mit seiner Bildung am 5. Januar 1979. Der Bezirk entstand aus Teilen der Stadtbezirke Lichtenberg und Weißensee und hatte 1980 eine Größe von 5.700 Hektar mit 81.789 Einwohnern. Am 31. Mai 1986 wurden die Ortsteile Hellersdorf/Kaulsdorf und Mahlsdorf im Zusammenhang mit der Bildung des Stadtbezirkes Berlin-Hellersdorf ausgegliedert. Die Marzahner Gebietsfläche betrug so 1990 noch 3.150 Hektar mit insgesamt 167.371 Einwohnern.

In den Jahren 1976 bis 1990 entstanden im Neubaugebiet Marzahn:

Bezeichnung	Aufgabenstellung vom 25.02.1975	Realisierung Dezember 1990
Wohnungseinheiten	36400 WE	62166 WE
davon Feierabendh.	1400 WE	2520 WE
davon Jugendhilfeh.	(270) WE	(540) WE
Neubauwohnungen	35000 WE	59646 WE
Wohngebiet 1-3	35000 WE	38332 WE
davon WG 1	8300 WE	8665 WE
davon WG 2	8100 WE	8269 WE
davon WG 3	18600 WE	21398 WE
weitere Wohngebiete	- WE	21314 WE
davon WG Cecilienstr.	- WE	2581 WE
davon WG Ost	- WE	4587 WE
davon WG Nord	- WE	11377 WE
davon WG West	- WE	2769 WE

Ausgewählte Einrichtungen:

Bezeichnung	Aufgabenstellung vom 25.02.1975	Realisierung Dezember 1990
Kinderkrippen	30	55
Kindergärten	30	55
Schulen	30	53
Geb.f.Schülerspeisung	-	12
Turnhallen	23	46
Schwimmbhallen	2	2
Feierabend-u.Pflegeheime	5	9
Jugendhilfeheime	1	2
Kaufhallen	12	18
Wohngebietsgaststätten	8	15

Jugendklubs	6	9
Dienstleistungseinr.	6	8
Polikliniken/Ambulatorien	2	5

Der Generalbebauungsplan 1980

Der Generalplan 1980 bestand aus dem Generalbebauungsplan, dem Generalverkehrsplan und dem Komplexplan der stadttechnischen Versorgung und sollte die Entwicklung der östlichen Stadthälfte bis 1990 bestimmen. Im "Berliner Programm" vom 3. Februar 1976 waren mit dem Bau von 200.000 bis 230.000 Neubauwohnungen von 1976 bis 1990 sowie der Modernisierung von 100.000 Wohnungen bereits entscheidende Grundlagen für die Stadtentwicklung festgelegt worden.

Am 29. Januar 1980 erfolgte mit dem Beschluss über den Generalbebauungsplan bis 1990 eine Korrektur der bisherigen Grundrichtung der Stadtentwicklung. Mit der Veränderung der Standorte des Wohnungsneubaues aus dem Nordraum in den Ostraum sollte die dort vorhandene Infrastruktur besser genutzt werden. Dadurch konnten aufwendige Baumaßnahmen vermieden werden, wie der U-Bahnbau nach Norden, die S-Bahn nach Karow, die vierte Tangente und nicht zuletzt das Heizkraftwerk Nord auf Braunkohlebasis.

Die Wohngebiete 1-6 in Hohenschönhausen wurden weitergeführt. Anstelle der ursprünglich geplanten Standorte in Blankenburg, Blankenfelde, Buch, Buchholz, Heinersdorf, Malchow und Karow im Berliner Norden entstanden im Osten neue Wohnkomplexe in Marzahn mit 25.000 Wohnungen, im heutigen Bezirk Hellersdorf kamen Wohngebiete mit über 40.000 Wohnungen neu hinzu. Dadurch wurde der Aufwand für die Primäerschließung von 10,8 auf 3,1 Milliarden Mark der DDR reduziert.

Durch dieses Umschwenken vom Nord- in den Ostraum konnte das Ziel des Wohnungsbauprogramms, bis 1990 insgesamt 230.000 Wohnungen in Berlin neu zu bauen, mit 228.019 Wohnungen erfüllt werden. Von 1971 bis 1990 wurden in den drei nordöstlichen Bezirken 135.410 Wohnungen neu errichtet. Die Bevölkerung wuchs im gleichem Zeitraum um 346.163 Einwohner:

Bezirk Berlin-Marzahn

Zeitraum	Einwohner (EW)	Wohnungsbestand (WE)
1970	15752	5721
1980	81789	25166
1990	167371	64639
Zuwachs 1971-1990	151619	58918

Bezirk Berlin-Hohenschönhausen

Zeitraum	Einwohner (EW)	Wohnungsbestand (WE)
1970	21224	8872
1980	36187	18052
1990	118355	47639
Zuwachs 1971-1990	97131	38767

Bezirk Berlin-Hellersdorf

Zeitraum	Einwohner (EW)	Wohnungsbestand (WE)
1970	24987	10970
1980	26548	11096
1990	122400	48695
Zuwachs 1971-1990	97413	37725

Im Zeitraum von 1971 bis 1990 wuchs im Nordostraum die Bevölkerung von 61.963 auf 408.126 Einwohner und der Wohnungsbestand erhöhte sich von 25.563 auf 160.973 Wohnungen.

Flächennutzungsplan Berlin 1994

Nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 begann auch ein neues Kapitel in der Baugeschichte Berlins. Neue politische, wirtschaftliche und technische Ansprüche werden gestellt und es ergeben sich neue Möglichkeiten für die Stadtplanung.

Dies betrifft auch die Ausarbeitung eines neuen Flächennutzungsplanes für Berlin sowie die Aufstellung der Bezirksentwicklungspläne. Mit dem Flächennutzungsplan 1994 erhielt Berlin ein verbindliches Planungskonzept, das das Bild der Stadt entscheidend verändern wird. Entstehen werden dabei neben neuen Stadtzentren vor allem Geschäfts- und Bürokomplexe sowie neue Wohngebiete.

Mit dem FNP werden die Perspektiven der Bundeshauptstadt für die nächsten zwanzig Jahre vorgezeichnet. Er enthält einen Wachstumsspielraum für bis zu 300.000 zusätzliche Einwohner und mindestens ebenso viele neue Arbeitsplätze in der Stadt. Bei dieser Wachstumsannahme ergibt sich ein Bedarf von bis zu 40.000 zusätzlichen Wohneinheiten.

Neben den Konzepten für die innere Stadt zählen auch die Planungen im Nordosten der Stadt zu den wichtigsten städtebaulichen Zielen Berlins. Hier sollen außer neuen und zukunftsweisenden Wohngebieten vor allem Arbeitsstätten, Grünflächen und Freizeiteinrichtungen angelegt werden.

Eine Stadterweiterung ist insbesondere durch den Bau eigenständiger Teilstädte in Buch, Buchholz und im Raum Blankenburg/Malchow/Karow geplant. Die drei östlichen Großwohnsiedlungen sollen durch Sicherung der Gebäudesubstanz sowie Nachbesserungen des Wohnumfeldes und der wohnungsbezogenen Infrastruktur aufgewertet und besser in die Stadt integriert werden.

Auch hier sind Standorte für den Wohnungsneubau vorgesehen, wie im Entwicklungsgebiet Biesdorf-Süd, im Wohnpark "Weiße Taube" in Hohenschönhausen und am "Landsberger Tor" in Marzahn. Das Leitbild für den zukünftigen Wohnungsbau in Berlin ist das der dichten, gemischt genutzten Vorstadt. Beispielsweise sollen in den nächsten fünfzehn Jahren im Entwicklungsgebiet Biesdorf-Süd auf einer 142 Hektar großen Fläche etwa 4.500 Wohnungen und ausgedehnte Gewerbe- und Dienstleistungsflächen entstehen.

Schwerpunkte der Bautätigkeit sind die Bezirks- und Einkaufszentren in den Großsiedlungen, darunter das bereits fertig gestellte "Linden-Center" am Prerower Platz in Hohenschönhausen, die "Helle Mitte" als neues Hellersdorfer Zentrum und die in Planung befindliche Neugestaltung der Marzahner Promenade.

Neue Arbeitsstättengebiete entstehen in Hohenschönhausen und Hellersdorf. Das größte Berliner Gewerbestättengebiet in Marzahn wird weiterentwickelt. Durch den weiteren Ausbau der S- und U-Bahn sollen künftig bessere Nahverkehrsverbindungen in den Nordosten geschaffen werden. Auch eine Ausdehnung des Hauptstraßennetzes in Nord-Süd-Richtung ist geplant, insbesondere die Weiterführung der A 158 entlang der Märkische Allee.

Der über 12 km lange Nord-Süd-Grünzug entlang der Wuhle von Köpenick bis Ahrensfelde hat eine neue Chance erhalten. Ein weiteres Naherholungsgebiet entsteht im Norden Berlins. Der Landschaftspark Barnim erstreckt sich auf einer Fläche von 310 Quadratkilometer und reicht weit über die Grenzen der Stadt.

Die Dokumentation ist auch als gedruckte Broschüre im Heimatmuseum Marzahn erhältlich. Sie finden darin weiteres Karten- und Bildmaterial.